

Gemeinsame Demokratie, geteilte Gesellschaft. Die Un-Möglichkeit einer Friedensstrategie in Bosnien und Herzegowina

von Sofie Stoppel



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Erinnern und Handeln für die Menschenrechte“ durften wir am 04.12.2009 Herrn *Dr. Thorsten Gromes* im Allerweltshaus begrüßen. Der Diplom-Politologe ist seit Januar 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die Moderation übernahm an diesem Abend *Tim Wolfgarten*.

In seinem Vortrag behandelte Thorsten Gromes den Krieg von 1992-1995, durch welchen die Abspaltung Bosnien-Herzegowinas vom Rest Jugoslawiens verhindert werden sollte und den anschließenden Versuch, das Land zu befrieden.

In den Jahren 1992-1995 gab es in den Medien fast tägliche Berichterstattungen zum Krieg um Bosnien-Herzegowina. Im Gegensatz dazu, war der Völkermord in Ruanda 1994 in deutschen Medien kaum präsent. Die mediale Durchdringung des erst genannten Krieges führt Gromes auf die örtliche Nähe Bosnien-Herzegowinas zu Deutschland zurück. Zudem war die BRD die neue Heimat für zahlreiche Menschen des damaligen Jugoslawiens. Die Zahl der Toten wurde während des Krieges auf 250.000 – 400.000 geschätzt. Heute liegen die Schätzungen der Opferzahlen bei etwa 100.000. In Relation zu einer Bevölkerungszahl von nur 4,5 Millionen Menschen ist diese Zahl jedoch trotzdem sehr hoch. Dazu kommen die zahlreichen Flüchtlinge und Vertriebenen, deren Zahl über 2 Millionen beträgt. Die Kriegsparteien waren Bosniaken, welche etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, Serben mit einem Drittel und Kroaten mit 17%. Der Konflikt begann im März/April 1992 und wurde im Dezember 1995 durch die Unterzeichnung des Vertrags von Dayton in Paris beendet.

In Bosnien und Herzegowina ist man heute gespaltenen Meinung darüber, ob es sich bei dem Krieg um einen Bürgerkrieg gehandelt hat, oder, wie viele Bosniaken denken, um eine Aggression von serbischer und kroatischer Seite. Laut Gromes kann von einem Konflikt mit zwei Dimensionen gesprochen werden, da Serbien und Kroatien genauso wie Bosnien-Herzegowina Teile Jugoslawiens waren. Ob der Konflikt erst ausgebrochen ist, als Bosnien

und Herzegowina als Staat anerkannt worden war, oder ob der Konflikt bereits vorher begann, wodurch man von einem Bürgerkrieg sprechen könnte, bleibt umstritten. Der Konfliktgegenstand vor Ausbruch des Krieges war die Frage, ob es einen gemeinsamen Staat von Serben, Kroaten und Bosniaken geben sollte. Kroaten und Bosniaken sprachen sich für die Unabhängigkeit aus. Nach der Abspaltung stellte sich die Frage, ob der neue Staat in seinen anerkannten Grenzen bestehen bleiben sollte. Die Bosniaken kämpften für die Erhaltung der anerkannten Grenzen, während die Serben für die Sezession von Bosnien und Herzegowina standen. Bei den Kroaten waren die Meinungen gespalten. Letztendlich konnte sich jedoch keine der drei Parteien durchsetzen, weshalb im Dayton-Vertrag versucht wurde, einen Mittelweg zu finden. Der Staat Bosnien und Herzegowina blieb in seinen bestehenden Grenzen erhalten. Allerdings wurden starke Teilrepubliken mit eigenen Streitmächten eingerichtet. Auf Bundesebene wurde festgelegt, dass die drei Parteien nur im Konsens entscheiden können. Außerdem sah der Dayton-Vertrag die Demokratisierung des Landes vor. Dazu sollten sich äußere Mächte in Bosnien und Herzegowina engagieren. Auf eine Fläche von der Größe Niedersachsens wurde eine 60 000 Mann starke Truppe stationiert. Diese starke Präsenz galt als Hoffnung für die Friedenssicherung.



Im weiteren Verlauf des Vortrags ging Thorsten Gromes auf die einzelnen Phasen der Friedensmission ein. Er nannte Bosnien und Herzegowina einen Ausnahmefall, da eine enorme Menge an Ressourcen für die Friedenssicherung in Bosnien und Herzegowina investiert wurden. Die Hilfsgelder beliefen sich bis Ende 2007 auf 14 Milliarden Dollar. Auch heute sind immer noch Friedenstruppen im Land stationiert, wobei die Zahl auf 2000 Mann herunter geschraubt wurde. Es wird deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine kurzfristig angelegte Mission gehandelt hatte. In der ersten Phase nach Kriegsende wurde versucht eine „Instant Democracy“ durchzusetzen. Wahlen sollten so schnell wie möglich stattfinden und die Friedenstruppen abgezogen werden. Vor allem die USA waren von dieser Vorgehensweise überzeugt. Schon bald war jedoch klar,

dass dieser Weg Bosnien und Herzegowina ins Chaos stürzen würde. Während in Bezug auf die Demobilisierung und die Entwaffnung schnell große Fortschritte gemacht wurden, so verlief der Aufbau der Institutionen eher schleppend.

Nach zwei Jahren folgte schließlich der Entschluss die Truppen so lange im Land zu lassen, bis es befriedet war.

Daraufhin folgte die Phase der „Demokratisierungsdiktatur“. Nach Kriegsende konnte man in Bosnien und Herzegowina nicht von einer Demokratie sprechen. Medien, Wirtschaft, Streitkräfte, öffentliche Institutionen, sowie die humanitären Hilfsmittel waren unter der Kontrolle der jeweiligen Nationalisten. Gromes verwies darauf, dass eine Demokratie eigentlich mit demokratischen Mitteln erreicht werden sollte. Im Falle Bosnien und Herzegowinas sollte die Demokratie mit diktatorischen Mitteln erreicht werden. Dazu wurde der „Hohe Repräsentant“, welcher von außen gestellt wurde, zum Vorstand eines ad hoc Gremiums von an Bosnien und Herzegowina interessierten Staaten ernannt. Die Befugnisse

des Hohen Repräsentanten wurden 1997 auf der Bonner Konferenz festgelegt, weshalb diese auch „Bonn Powers“ genannt werden. Dem Hohen Repräsentanten wurde unter anderem das Recht zugesprochen, gewählte Politiker aus deren Amt zu entheben. Seitdem wurden in Bosnien und Herzegowina insgesamt fast 200 Menschen, darunter auch Präsidenten, von ihm abgesetzt. Auch Beschlüsse des Parlaments des Landes kann der Hohe Repräsentant ändern, oder auch selbst Gesetze erlassen. Durch den Hohen Repräsentanten sollten die nationalistischen Parteien geschwächt und die gemäßigten Kräfte gefördert werden.

Im Zuge der „Demokratisierungsdiktatur“ fanden jedoch auch Reformationen in anderen Sphären statt. Alternative Medien sollten geschaffen werden, denen finanzielle Zuschüsse zugesichert wurden. Außerdem sollten Hassreden sanktioniert werden. Im Bereich der Wirtschaft wurden Rechnungsprüfer eingesetzt, um illegale Finanzströme auf zu decken. Zusätzlich wurden Privatisierungen durchgeführt, um die Macht der Nationalisten über die Wirtschaft einzuschränken. Die Verfassung Bosnien und Herzegowinas wurde von externen Mächten geändert. Besonders der Bereich der Justiz wurde radikal reformiert. Sämtliche Richter wurden entlassen und es kam zu Neuausschreibungen der Ämter. Auf diese konnten sich zwar die alten Richter erneut bewerben, doch wurden strenge Tests über deren vorhandenen Qualifikationen und ihre Vergangenheit durchgeführt.

Diese Phase der „Demokratisierungsdiktatur“ wurde 2002 von der dritten Phase der Europäisierung bzw. der Strategie der Integration abgelöst.



In dieser Phase sollte die Befriedung des Landes durch das Angebot einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union herbeigeführt werden. Durch die Integrationsperspektive sollten neue Horizonte geöffnet werden und neue Praktiken und Werte im Denken der Menschen verankert werden. Das Ziel war es durch den gegenseitigen Austausch festgefahrene Denkstrukturen zu relativieren. Der wichtigste Punkt des Integrationsansatzes ist jedoch, dass durch die Europäisierung, eine Herabsetzung der Bedeutung von

Grenzen stattfinden würde. Politik, Güter- und Kapitalströme würden sich auf einem größeren Plan bewegen. Der Streitpunkt des Konflikts - die Grenzen - würde an Bedeutung verlieren, wodurch eine Entschärfung stattfände. Als Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Integrationsstrategie nannte Gromes folgende Punkte: Entweder die politische Elite, oder aber die Bürger müssen hinter einer Integration stehen. Allerdings werden bei Autokratien die Wünsche der Bürger ignoriert. Um das Ziel zu erreichen ist demnach ein Mindestmaß an Demokratie nötig. Außerdem muss die Umsetzung des Zieles realistisch sein. Auch darf das Erreichen des Zieles nicht in ferner Zukunft angesetzt sein. Laut Meinungsumfragen sprechen sich heute mehr als 80% der Bevölkerung Bosnien und Herzegowinas für einen Beitritt in die EU aus. Auch bei den drei großen Ethnien gibt es jeweils eine Mehrheit der Befürworter. Dies kann von den Politikern natürlich nicht ignoriert werden. Um Wahlen zu gewinnen, müssen Politiker für den EU-Beitritt sprechen. Laute

Gromes kann hierbei vom einzig wirklichen Konsens im Land gesprochen werden: Bosnien und Herzegowina möchte in die EU. Das Integrationsvorhaben soll daher fortgeführt werden, doch auch die „Demokratisierungsdiktatur“ soll beendet werden.

Zum Abschluss seines Vortrages zog Thorsten Gromes Bilanzen zu einigen Punkten des Befriedungsprozesses in Bosnien und Herzegowina.

Bezüglich der Integration sprach sich der Referent zunächst positiv auf. Durch die Sogkraft der EU sind viele alte Strukturen aufgebrochen worden. Reformen, die vor 2002 nicht möglich waren, konnten seitdem durchgesetzt werden. Eine Stärkung Brüssels wird einer Stärkung Sarajewos vorgezogen. Der größte Erfolg sieht Gromes im Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, welches 2008 geschlossen wurde. Dies beinhaltet unter anderem die Erhöhung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe, den Ausbau der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen mit Bosnien und Herzegowina, sowie die Intensivierung des politischen Dialogs.

Allerdings verwies Gromes darauf, dass die Karte der Integration auch bereits ausgespielt, bzw. überreizt ist. Die europäischen Mächte erwarten und fordern zu viel von Bosnien und Herzegowina. Außerdem liegen die Forderungen oft zu nah an den Interessen einer Konfliktpartei. Die Bosniaken fordern die Zentralisierung des Landes mit der Stärkung der Bundesebene. Dies fordert auch die EU. Bei einer solchen Forderung ziehen die Serben jedoch die Serbische Republik der Integration in die EU vor. Die Integrationsphase hat demnach vor allem zu Beginn vieles erreicht und bewirkt, im Moment befindet sie sich allerdings in einer Sackgasse.

Auch in Hinsicht der Demokratisierung kann sowohl von positiven als auch von negativen Ergebnissen gesprochen werden. Wie bereits erwähnt, war Bosnien und Herzegowina nach Kriegsende ein undemokratisches Land. Heute finden regelmäßig geheime Wahlen statt und es besteht auch eine pluralistische Medienlandschaft. Das große Problem ist jedoch die Rechtsstaatlichkeit. Richter und Polizei können eher als Instrumente der Parteien und Politikern angesehen werden. Die Institutionen funktionieren schlecht und es werden selten Entscheidungen getroffen. Ein weiterer Punkt was gegen eine Demokratisierung spricht ist natürlich der Hohe Repräsentant. Laut Gromes will dieser seit 2-3 Jahren seine Macht zwar nicht mehr nutzen, allerdings besteht sein Amt formal weiterhin.

Zuletzt ging der Referent auf die Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina ein. Der Konfliktgegenstand des Krieges von 1992-1995 ist auch heute noch wesentlicher Gegenstand der heutigen Politik. Der Staat Bosnien und Herzegowina ist heute noch umstritten. Die ethnische Frage steht über allen anderen Fragen. Bis 2005 hatte der Staat zwar allgemein an Akzeptanz gewonnen, doch seit 2006 findet eine massive Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung statt. Gromes sieht dies im Zusammenhang mit der Forderung der Bosniaken, die bestehende Staatsstruktur und den erwähnten Konsenszwang abzuschaffen. Die Serben, deren Anteil in der Bevölkerung deutlich geringer ist, sehen dies als Bedrohung an. 1996 wurde der Konflikt außerhalb der Institutionen, im Rahmen illegaler Parallelstrukturen, ausgetragen. Heute geschieht dies im Parlament und in den Medien. Im Vergleich zu anderen Nachkriegsstaaten ist die Alltagsgewalt in Bosnien und Herzegowina relativ gering. Auch politische Gewalt ist äußerst selten.

Diese Erfolge sind jedoch heute wieder gefährdet, da von der Gefahr eines erneuten Kriegsausbruchs gesprochen wird.

Insgesamt sprach Gromes von einer sehr gemischten Bilanz. Seit Kriegsende wurden durchaus Fortschritte in Bezug auf die Befriedung des Landes gemacht, doch scheint der

Prozess im Moment zu stagnieren. Würde man die Friedensstrategie jedoch in Bezug auf eine andere Gesellschaft mit einer größeren Fläche, einer höheren Bevölkerungsdichte, usw. setzen, wäre das Ergebnis sehr viel negativer. Der Friedensstrategie muss demnach durchaus mit großer Skepsis entgegen getreten werden.

In der abschließenden Diskussion wurde zunächst gefragt, wieso die „Demokratisierungsdiktatur“ nach 1945 für die BRD funktioniert hatte, nicht aber für Bosnien und Herzegowina. Gromes verwies darauf, dass die Bundesrepublik in ihren Grenzen, niemals umstritten war. Natürlich gab es die DDR, doch die einzelnen westdeutschen Bundesländer wollten keine Sezession. Zudem kam dazu, dass alte Akteure vollständig besiegt waren, so dass die Alliierten von Grund auf neu beginnen konnten. Der Ost-West Konflikt, mit dem Feindbild der Sowjetunion wirkte außerdem integrierend für die westdeutschen Länder.



Ein umstrittener Punkt in der Diskussion war das Dayton-Abkommen. So wurde die Frage aus dem Publikum gestellt, ob Dayton die Teilung Bosnien und Herzegowinas nicht verfestigt hätte. Der Referent erwiderte, dass die größte Teilung zunächst einmal durch den Krieg entstanden war. Natürlich hielt Dayton die Trennung durch die Aufteilung des Landes in Föderationen, Kantone, usw. aufrecht, doch darf auch nicht

vergessen werden, dass mit dem Abkommen auch die Reiseerlaubnis festgelegt wurde. Eine Änderung des Dayton-Abkommens wird seit dessen Unterschrift debattiert. Während die wichtigsten serbischen Parteien gegen eine Änderung waren, sprachen sich die bosniakischen Parteien dafür aus. Heute hat sich das Blatt gewendet. Viele serbische Parteien bestehen auf das Dayton-Abkommen, und zahlreiche Bosniaken fordern dessen Überwindung. Die Kroaten waren mit der territorialen Einteilung Bosniens und Herzegowinas schon von Beginn an nicht zufrieden. Es darf außerdem nicht vergessen werden, dass das Dayton-Abkommen durchaus bereits massiv reformiert wurde. Die Zentralebene ist heute viel stärker als in der Zeit nach Kriegsende und auch die Streitkräfte der einzelnen Entitäten wurden abgeschafft.

Auf die Frage, ob in Bosnien und Herzegowina eine Aufarbeitung des Konfliktes bestehe, erwiderte Gromes, dass die juristische Aufarbeitung in einem von außen aufgesetzten internationalen Kriegsverbrechertribunal stattfand. Allerdings gibt es viele private Initiativen, wie zum Beispiel Erzählcafés, auf lokaler Ebene. Zusätzlich wurde ein „Fact-Finding-Komitee“ eingerichtet, welches sich mit den tatsächlichen Opferzahlen, der Zahl der Vertriebenen, usw. beschäftigt. Festzuhalten ist jedoch, dass die Vorgänge von den verschiedenen Ethnien sehr unterschiedlich wahrgenommen wurden und beschrieben werden. Bis heute konnte man sich nicht auf eine gemeinsame Wahrheit festlegen. Oft ist das Schweigen übermächtig.

Das Bildungssystem hilft hierbei nicht gerade weiter. Stimmen sagen, dass das Bildungssystem seit Anfang der 1990er Jahren bis heute Nationalisten hervor bringt. Eine große NGO in Bosnien und Herzegowina spricht davon, dass die Städte in Bosnien und Herzegowina zu 90% homogen sind – selbst Sarajewo. Deswegen sind natürlich auch die meisten Schulen ethnisch homogen, und es kann kein Austausch zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen stattfinden.

Ein umstrittener Punkt in der Diskussion war, ob das Andauern des Konfliktes nicht auch im Interesse der westlichen Mächte stünde. Zum einen wird dadurch ein Absatzmarkt für Waffen geboten, zum anderen kann keine starke wirtschaftliche Konkurrenz entstehen. Thorsten Gromes schloss diese Vermutung jedoch völlig aus. Eine viel zu große Menge an Ressourcen wurde investiert, um das Land zu befrieden. Auch sieht er keine entscheidenden Nutzen für die westlichen Mächte bei Andauern des Konfliktes.

Einigkeit herrschte beim Unverständnis bei der Regelung bezüglich der Reisefreiheit der Balkanstaaten in die EU. Während für Serben ab 1. Januar 2010 eine Reisefreiheit bestehen soll, bleibt für die Bosniaken der Visumzwang bestehen. Die Europäische Kommission verstärkt dadurch die ethnischen Spannungen, welche Gegenstand des Konfliktes sind.

Fotos: M. Christanell